

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

-/-

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung

-/-

Entschuldigt fehlt

Frau Anja Bartsch	CDU-Fraktion	
Frau Regina Klemme-Linnenbrügger	SPD-Fraktion	
Frau Jennifer Wittrowski	SPD-Fraktion	
Herr Lothar Klemme	BfB	-RM-

Verwaltung

Herr Wörmann	Umweltamt	(zu TOP 5.1)
Herr Plein	Bauamt	(zu TOP 7)
Frau Binder-Kruse	Bauamt	(zu TOP 8, 9, 29)
Herr Dodenhoff	Bauamt	(zu TOP 10)
Herr Dörk	REGE mbH	(zu TOP 11)
Herr Nürnberger	Beigeordneter	(zu TOP 11, 12, 13)
Frau Weidenbach	REGE mbH	(zu TOP 12)
Frau Krutwage	Büro für integrierte Sozialplanung und Prävention	(zu TOP 13)
Herr Laker	Amt für Verkehr	(zu TOP 14)
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Lötzke	Bezirksamt Heepen	
Frau Vinke	Bezirksamt Heepen	Schriftführerin

Externe

Herr Weinstein	Büro Enderweit und Partner	(zu TOP 8)
----------------	----------------------------	------------

-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Bezirksbürgermeister Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er macht darauf aufmerksam, dass die Wortbeiträge in der Sitzung mittels eines Aufnahmegerätes aufgezeichnet werden.

Zur Tagesordnung weist er auf eine fristgerecht, jedoch nach Versenden der schriftlichen Einladung zur Sitzung eingegangene Anfrage des Vertreters der Partei Die Linke hin. Diese werde unter TOP 4.4 in die Tagesordnung aufgenommen.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) und Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) vereinbaren für die Abstimmungen in dieser Sitzung Pairing. Das Pairing wird auf Seite der CDU-Fraktion durch Herrn Dr. Elsner ausgeübt.

Die mit dieser Änderung von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird sodann wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen

a) Potsdamer Straße - Grünstreifen auf der Ostseite vor Häusern Nr. 27 und 29

Herr Kaufmann (Einwohner des Stadtteils Heepen) schildert, dass zu allen Häusern entlang der Potsdamer Straße eine gepflasterte Querungsmöglichkeit des Grünstreifens geschaffen wurde. Lediglich vor den Häusern Nr. 27 und 29 sei dies nicht der Fall. Er habe von Herrn Dörner (Bauleiter) die Auskunft erhalten, dass an dieser Stelle laut Plänen eine Bushaltestelle mit entsprechender Pflasterung vorgesehen sei. Die Bushaltestelle sei aber tatsächlich Richtung Heepen verlegt worden, ohne dass an der dafür zunächst vorgesehenen Stelle eine Pflasterung wie vor den übrigen Hauseingängen vorgenommen wurde. Er fragt, wer dafür Sorge, dass zu den Häusern Nr. 27 und 29 die gleiche Zugangsmöglichkeit wie vor allen anderen Häusern geschaffen werde.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung um Prüfung.

b) Bebaubarkeit der Flurstücke 258 und 259 in der Straße Hausfeld

Herr Große (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) übt Kritik an den Antworten, die er auf seine in der Sitzung am 08.09.2016 gestellten Fragen erhalten hat. Die Antworten seien nicht konkret genug und seine Fragen seien nicht korrekt wiedergegeben worden. Er habe Kopien von Plänen eingereicht, die belegen, dass entgegen der Darstellung der Verwaltung der Landschaftsplan zwischen 2006 und 2008 geändert worden sei. Bezüglich seiner Frage zu dem auf Flurstück Nr. 259 verlegten Kanal sei in der Antwort nicht auf die Abzweigungen dieses Kanals und die sich daraus ergebenden Gefahren eingegangen worden. Zudem sei der beigefügte Plan mit der Verortung des Kanals nicht korrekt, denn das ehemalige Gemeindehaus sei nicht am Kanal angeschlossen. Herr Große äußert sich kritisch hinsichtlich Abwasserentsorgung und rechtlicher Fragwürdigkeit bereits abgeschlossener Baumaßnahmen an Gebäuden mit Bestandsschutz im Umfeld der Flurstücke.

Bezirksbürgermeister Sternbacher schlägt vor, die Fragen aufgrund ihrer Komplexität und zur Vermeidung von Missverständnissen in einem persönlichen Gespräch unter Mitwirkung der entsprechenden Fachdienststellen der Verwaltung zu klären.

c) Kläranlage Brake - Geruchsimmissionen

Herr Meier (Einwohner des Stadtteils Brake) fragt, warum in der heutigen Sitzung über die Kläranlage in Brake beraten werde. Er schildert, dass er als Anwohner der Kläranlage bereits seit dem Jahr 1978 Belästigungen hinzunehmen habe. Seine eigenen Versuche, diese Belästigungen durch Anrufe beim Klärwerk oder Beschwerden im Büro des Oberbürgermeisters abzustellen, seien erfolglos gewesen. Er erwarte nun, dass die Geruchsbelästigungen eingestellt oder die Kläranlage stillgelegt werde. Die Kläranlage in Herford habe z. B. erfolgreich Geruchsbelästigungen abgestellt, dies solle auch in Brake möglich sein.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, es handle sich bei dem Tagesordnungspunkt bezüglich der Kläranlage Brake um eine Anfrage der SPD-Fraktion. Weshalb die Kontakte des Herrn Meier mit der Verwaltung bisher nicht zur Beseitigung der von ihm persönlich wahrgenommenen Gerüche geführt haben, könne er nicht beantworten. Es werde sich zeigen, ob weitere Schritte notwendig werden.

d) Containerwohnanlage für Geflüchtete an der Herforder Straße

Herr Meier (Einwohner des Stadtteils Brake) übt Kritik am äußeren Erscheinungsbild der Wohnanlage und fragt, wann die Bauabnahme für die Wohnanlage stattgefunden habe. Die temporäre Genehmigung für die Anlage gelte seiner Auffassung nach für 3 Jahre ab der Bauabnahme. Hierüber erbitte er eine schriftliche Bestätigung.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung um Prüfung.

e) Zukünftige Nutzung des Grundstücks Herforder Straße 597

Herr Meier (Einwohner des Stadtteils Brake) fragt, wie das Grundstück Herforder Straße 597 genutzt werden solle, wenn die dort zurzeit stehenden Wohncontainer für Geflüchtete wieder entfernt worden seien.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, ihm persönlich sei bisher aus städtischen Gremien keine Planung für eine zukünftige Nutzung des Grundstücks bekannt. Er bitte die Verwaltung um Prüfung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 1 *

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 19. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 08.09.2016

Herr Schatschneider (Die Linke) vertritt die Auffassung, in der Niederschrift fehle unter TOP 5.3 sein kritischer Wortbeitrag zur Beschleunigung der Durchführung von Geschäften der laufenden Verwaltung durch politische Anträge. Zudem habe er sich bei der Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion enthalten.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Unter Berücksichtigung der Anmerkung wird die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 19. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 08.09.2016 nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 2 *

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

I. Schriftliche Mitteilungen

3.1 Bürgerinformationsveranstaltung zum Ausbau der Herforder Straße/ B 61

Am Dienstag, dem 15.11.2016 um 18.00 Uhr findet im Freizeitzentrum Baumheide eine Bürgerinformationsveranstaltung zum Ausbau der Herforder Straße/ B 61 statt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 3.1 *

3.2 Eintragung der Heeper Ehrenmäler in die Denkmalliste der Stadt Bielefeld

Auf Vorschlag der LWL-Denkmalpflege wurde geprüft, ob für ein Ehrenmal im Ortskern von Heepen an der Ecke Salzufler Straße/Hillegosser Straße und für zwei Ehrenmäler an der Heeper Straße gegenüber der Peter- und-Pauls-Kirche Denkmaleigenschaft besteht. Nach Abschluss der Prüfung wurde die Denkmaleigenschaft für die drei Ehrenmäler bestätigt. Die Eintragung in die Denkmalliste der Stadt Bielefeld erfolgte im September 2016.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 3.2 *

3.3 Bebauungsplan Nr. III/ H 24 "Alter Postweg/Potsdamer Straße"

Laut Mitteilung des Bauamtes werden die vom Investor begonnenen Planungen nicht weiter verfolgt. Derzeit werde eine Aufhebung des geschlossenen städtebaulichen Vertrages geprüft. Eine formelle Vorlage zur Einstellung des Bebauungsplanverfahrens folge nach Abschluss dieser Prüfung.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) bittet darum, in nicht-öffentlicher Sitzung über die Gründe für den Rückzug des Investors informiert zu werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 3.3 *

3.4 **Jahresbericht des Ortsheimatpflegers des Stadtteils Brake**

Den Mitteilungen beigelegt ist ein Exemplar des Jahresberichtes des Ortsheimatpflegers des Stadtteils Brake, Herrn Kossiek.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 3.4 *

3.5 **Antworten auf Einwohnerfragen**

Den Mitteilungen beigelegt sind Antworten auf folgende Einwohnerfragen:

- Herr Kettner vom 25.02.2016 und 08.09.2016 - Bebauungsplan Moenkamp

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 3.5 *

3.6 **Sitzungskalender 2017**

Der Sitzungskalender für das Jahr 2017 wurde allen Mitgliedern der Bezirksvertretung Heepen am 22.09.2016 per E-Mail übersandt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 3.6 *

3.7 **Glascontainer in Brake**

Aufgrund einer Baumaßnahme in der Waagestraße musste der bisherige Containerstandort in die Ladestraße zwischen Jütlandstraße und Uhlenburgweg verlegt werden. Nach Abschluss aller Baumaßnahmen ist geplant, ein Gespräch mit dem Grundstückseigentümer bezüglich eines Wiederaufstellens der Glascontainer in Nähe des alten Standortes zu

führen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 3.7 *

-.-.-

3.8 **Errichtung eines Raucherunterstandes auf dem Gelände der ehemaligen Tieplatzschule**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Vermerk des Bezirksamtes Heepen zur geplanten Aufstellung eines Raucherunterstandes auf dem Grundstück der ehemaligen Tieplatzschule.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 3.8 *

-.-.-

3.9 **Ausstellungen in der Galerie der Alten Vogtei**

Mit Beschluss des Kulturprogrammes 2016/2017 im Stadtbezirk Heepen (vgl. Sitzung der BV Heepen am 19.05.2016, TOP 15) wurde für den Zeitraum 17.05.2017 bis 23.06.2017 eine Ausstellung von Kornelia Stammschröer – Acrylmalerei – beschlossen. Frau Stammschröer kann den angebotenen Zeitraum leider nicht annehmen. Alternativ wird für diesen Zeitraum die Ausstellung von Tanja Schneider - Realistische Impressionen – vorgeschlagen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 3.9 *

-.-.-

3.10 **Bebauungsplan "Halhof" - Einrichtung einer Querungshilfe und Prüfung von alternativen Zu- und Abfahrtsmöglichkeiten zum Grundstück**

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Stellungnahme des Bauamtes zu den von der Bezirksvertretung Heepen am 16.06.2016 gefassten, ergänzenden Beschlüssen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 3.10 *

-.-

3.11

Statistik Teilnehmerzahlen Ferienspiele im Stadtbezirk Heepen

Den Mitteilungen beigelegt ist eine Statistik über die Teilnehmerzahlen der Ferienspiele im Stadtbezirk Heepen für die Jahre 2012 bis 2016.

Herr Skarabis weist darauf hin, dass die Zählweise zur Ermittlung der Teilnehmerzahlen ab dem Jahr 2016 der gesamtstädtischen Zählweise angepasst wurde. Es werden nun anstatt bisher "Teilnehmer je Ferienspiele" "Teilnehmer je Woche" ermittelt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 3.11 *

-.-

3.12

Verknüpfung der Grünzüge Wohngebiet Tödtheide und Sieben-Teiche

Mit Beschluss des Gestaltungs- und Pflegekonzeptes für den Grünzug Sieben-Teiche wurde auch eine Wegeverbindung der Grünzüge Tödtheide und Sieben Teiche beschlossen. Diese Wegeverbindung wurde im Konzept „Grüne Wege Heepen“ aufgegriffen und mit der Priorität 1 versehen. Im Wirtschaftsplan des Immobilienservicebetriebes für 2016 sind für diesen Wegebau 10.000 Euro vorgesehen.

Bei einem Ortstermin mit dem Umweltamt und der Forstabteilung wurde entschieden, die ursprünglich vorgesehene Trasse zu verlegen, da ansonsten mehrere große, gesunde Bäume hätten gefällt werden müssen.

Die neue Wegeverbindung verläuft weiter östlich und soll entlang der Einfriedung des Kunstrasenplatzes geführt werden. Dort befindet sich schon ein „Trampelpfad“, der von der Bevölkerung bereits rege genutzt wird.

Der Weg wird in einer Breite von 2,50 m ausgebaut. Der Auftrag an eine Baufirma ist erteilt und der Baubeginn ist für die 44. KW 2016 geplant. Die Bauzeit wird ca. 2 Wochen betragen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 3.12 *

-.-.-

3.13 **Vermerk zum Unterrichts- und Erörterungstermin zum Bebauungsplan III/Br 4.1 "Neuwerkstraße"**

Den Mitteilungen beigelegt ist ein Vermerk des Bauamtes zum Unterrichts- und Erörterungstermin zum Bebauungsplan III/Br 4.1 "Neuwerkstraße" am 04.10.2016.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 3.13 *

-.-.-

II. Mündliche Mitteilungen

3.14 **Sanierung der Außensportanlage der Grundschule Brake**

Herr Skarabis teilt mit, dass die Arbeiten an der Außensportanlage der Grundschule Brake im Frühjahr 2017 beginnen sollen. Die ursprünglich geplante Durchführung der Arbeiten Ende 2016 könne aufgrund der feuchten Witterung nicht erfolgen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 3.14 *

-.-.-

3.15 **Einladung zur Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag 2016**

Herr Skarabis verweist auf eine schriftliche Einladung zur Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag 2016 im Stadtteil Heepen am 13.11.2016, die allen Mitgliedern der Bezirksvertretung Heepen vor Beginn der Sitzung ausgehändigt wurde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 3.15 *

-.-.-

3.16 **Antworten auf Einwohnerfragen**

Herr Skarabis weist auf zwei Antworten auf Einwohnerfragen hin. Die Antwort auf die Frage von Herrn Große vom 08.09.2016 (Natur- bzw.

Landschaftsschutz auf den Flurstücken 258/259 in der Straße "Hausfeld") haben alle Mitglieder der Bezirksvertretung Heepen per E-Mail erhalten. Die Antwort auf eine Frage von Herrn Kettner vom 08.09.2016 (Straßenbeleuchtung Altenhagener Straße) wurde den Mitgliedern der Bezirksvertretung Heepen vor Beginn der Sitzung ausgehändigt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 3.16 *

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Wegebau im Bereich Obersee

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3733/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

Wer hat wann den Neu-/Umbau der Wege am Obersee (im Bereich des Stadtbezirks Heepen) angeordnet oder beschlossen?

Warum wurde die BZV nicht über die Bauarbeiten informiert?

Was kostet z. B. die Pflasterung des Teilstücks im Bereich der Mündung der Jölle in den Obersee? (Dort gab es seit Jahren einen wassergebundenen Weg, der nun – warum?- gepflastert wurde.)

Herr Skarabis teilt den Inhalt der Antwort des Umweltbetriebes mit:

Bei den Wegebauarbeiten am Obersee handelt es sich um laufende Unterhaltungsarbeiten im Zuge der Sicherstellung der Verkehrssicherheit. Im Einmündungsbereich und im Bereich von Gefällestrrecken werden die Flächen zur Verringerung des Pflegeaufwandes vollflächig gepflastert.

Da es sich bei der Tageserholungsanlage Obersee um eine überbezirkliche Anlage handelt, wurden die Bezirksvertretungen über diese Verkehrssicherungsmaßnahmen nicht im Einzelnen informiert.

Die Kosten für die Pflasterung betragen netto 20,60 € pro Quadratmeter. Es wurde bisher nicht ermittelt, welche Flächenanteile davon auf den Stadtbezirk Heepen entfallen, da die Gesamtmaßnahme ausgeschrieben wurde.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) vertritt die Auffassung, dass die Bezirksvertretung Heepen über alle Maßnahmen informiert werden sollte, die im Stadtbezirk durchgeführt werden, auch wenn diese in einer überbezirklichen Grünanlage stattfinden. Er halte es insofern auch für inkonsequent, dass die Bezirksvertretung Heepen in Bezug auf die geplante Discgolf-Anlage beteiligt werde, die ebenfalls in der überbezirklichen Grünanlage liege, bei Wegebaumaßnahmen aber nicht.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) schließt sich der Auffassung von Herrn Wäschebach an.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 4.1 *

Zu Punkt 4.2 Kläranlage Brake: Geruchsimmissionen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3734/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

An den warmen Tagen im September gab es im Bereich Herforder/Braker Straße eklige Gerüche, die vermutlich von der Kläranlage ausgingen. Die Mitglieder der BZV gehen seit Jahren davon aus, dass es wegen der hohen Investitionen in die Braker Kläranlage nicht mehr zu solchen Geruchsbelästigungen kommt.

Frage:

Was war der Grund für den Gestank im September?

Herr Skarabis verweist auf die vor der Sitzung an alle Mitglieder der Bezirksvertretung ausgehändigte, schriftliche Stellungnahme der Abteilung Stadtentwässerung des Umweltbetriebes:

"Die festgestellte Geruchsbelästigung an der Herforder/Braker Straße im September bedauern wir. Jedoch können gelegentliche Geruchsbelästigung trotz regelmäßiger Wartung und Reinigung der Kanäle durch den Kanalbetrieb, in Phasen längerer Trockenheit,

systembedingt nie ganz ausgeschlossen werden.

Im Sommer bzw. in Phasen längerer Trockenheit sind die Verdünnung und die Fließgeschwindigkeit in den Kanälen sehr gering. Zudem resultieren daraus verstärkt Ablagerungsprozesse. Das hier angesprochene Kanalnetz ist durch topographische Besonderheiten (ein flächenmäßig sehr großes und zudem flaches Netz) besonders betroffen. Biologische Abbauprozesse, die grundsätzlich bereits im Kanal erfolgen, sind dadurch und durch die erhöhten Temperaturen maximal intensiviert. Dies kann durchaus zu einer stärkeren Geruchsfreisetzung aus den Schächten des Kanalnetzes führen. Da der von Ihnen benannte Zeitraum warm und sehr niederschlagsarm war, ist es durchaus vorstellbar, dass solche kanalisationstypischen Gerüche freigesetzt werden. Die Problematik findet in der Regel mit dem ersten stärkeren Niederschlagsereignis ein Ende.

Eine Geruchsfreisetzung erfolgt in solchen Zeiträumen natürlich auch aus den Zulaufbereichen der Kläranlagen, in die das angefaulte Abwasser einströmt. Im Fall der Kläranlage Brake sind in der Vergangenheit für den Zulaufbereich noch keine Einrichtungen zur Abluftbehandlung vorgesehen worden. Dies ist grundsätzlich aufwendig und wäre Teil kommender Ertüchtigungsmaßnahmen. Bei Vorort-Überprüfungen der Betriebssituation stellen wir immer wieder fest, dass die eigentliche Kläranlage nur sehr schwach und diffus Gerüche freisetzt, während in Trockenwetterphasen die Gerüche aus dem Zulaufbereich (wie oben erwähnt) stärker ausgeprägt sein können. Weitere Beschwerden hierzu (aus der direkten Nachbarschaft der KA Brake) liegen uns bezüglich des Zeitraumes allerdings nicht vor."

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 4.2 *

Zu Punkt 4.3 Wohnraumverlust durch Abriss

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3852/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf die Anfrage des Vertreters der Partei Die Linke:

Wie viele Wohnungen wurden in den letzten fünf Jahren im Stadtbezirk Heepen abgerissen?

Zusatzfragen:

- 1. Wie viele Wohnungen wurden im gleichen Zeitraum neu gebaut?*
- 2. Für wie viele Wohnungen wurde die Umnutzung beantragt/ bewilligt?*

Herr Skarabis teilt mit, dass im Stadtbezirk Heepen im Zeitraum

01.01.2011 bis 30.09.2016 54 Abbrüche vorgenommen wurden, wobei eine Anzahl von abgebrochenen Wohneinheiten nicht darstellbar sei. Neu gebaut wurden 436 Wohneinheiten, durch Umnutzung entstanden weitere 112 neue Wohneinheiten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 4.3 *

-.-.-

Zu Punkt 4.4 Auswirkungen der geänderten Öffnungszeiten der Filialen der Bürgerberatung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3896/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf die Anfrage des Vertreters der Partei Die Linke:

In der vergangenen Sitzung hat die Verwaltung die Anfrage „Auswirkungen der neuen Öffnungszeiten der Filialen der Bürgerberatung“ (Drucksachen-Nr.: 3614/2014-2020) beantwortet. Dafür bedanken wir uns. Leider waren manche Fragen etwas pauschal beantwortet bzw. werfen neue Fragen auf.

Frage:

Wieso glaubt die Verwaltung, dass die Bielefelder Klimaschutzziele bei einem deutlich erhöhten Verkehrsaufkommen (vgl. auch o.g. Anfrage) nicht gefährdet sind? (Um eine detaillierte und nachvollziehbare Antwort wird gebeten.)

Zusatzfragen:

Oder geht die Verwaltung davon aus, dass alle Menschen, die zu anderen Bürgerberatungen unterwegs sind, ausschließlich Elektroautos benutzen?

Warum begegnen sich die öffentliche Meinung - basierend auf persönlichen Erfahrungen und Beobachtungen und dokumentiert durch Leserbriefe - und die Verwaltungsmeinung, bei den deutlich längeren Wartezeiten, die nach den neuen Öffnungszeiten entstanden sind, diametral?

Herr Skarabis führt aus, das Bürgeramt habe bezüglich der ersten Frage auf die Beantwortung der Anfrage zur September-Sitzung der BV Heepen verwiesen. Darüber hinaus seien laut Mitteilung des Bürgeramtes keine Ausführungen aus Sicht der Verwaltung erforderlich.

Zu Zusatzfrage 1 laute die Antwort des Bürgeramtes:

"Nein, davon geht die Verwaltung nicht aus."

Zu Zusatzfrage 2 laute die Antwort:

"Die Verwaltung beteiligt sich nicht an Spekulationen in Bezug auf die öffentliche Meinung."

Herr Schatschneider übt Kritik an der inhaltlichen Qualität und der fehlenden Detailliertheit der Antworten. Er vermisse eine Stellungnahme des Umweltamtes zu seinen auf den Klimaschutz bezogenen Fragen. Er äußert sein Unverständnis darüber, dass die Verwaltung persönliche Erfahrungen und durch Leserbriefe dokumentierte Bürgermeinungen als "Spekulation" bezeichne. Er halte substanziellere und umfangreichere Antworten zukünftig für wünschenswert.

Herr Dr. Elsner vertritt die Auffassung, dass ein Zusammenhang zwischen der Qualität der Fragen und der Antworten bestehe. Er bemerkt, dass zum Erreichen von Klimazielen auch durch den Verzicht auf Anfragen und damit einhergehende Papierersparnis beigetragen werden könnte. Er sehe z. B. im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen effektivere Möglichkeiten, sich für bestimmte Belange einzusetzen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 4.4 *

...-

Zu Punkt 5 **Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung**

Zu Punkt 5.1 **Johannisbachtal - Obersee - Landschaftsplanerisches Entwicklungskonzept mit Grobkonzept für ein Naturschutzgebiet**
- 2. Lesung -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3466/2014-2020

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) fragt, ob es sich bei den unter Kapitel 4.1.1.10 der Anlage zur Informationsvorlage genannten Eigenanteile zum Vertragsnaturschutz um einmalige Aufwendungen handele oder um jährlich anfallende Beträge.

Herr Wörmann (Umweltamt) erklärt, der städtische Anteil am Vertragsnaturschutz falle jährlich an und sei deshalb im Budget einzuplanen.

Herr Dr. Elsner fragt weiter, ob im Fall der Ausweisung eines Naturschutzgebietes eine Entscheidung über die Einzäunung bestimmter Bereiche nicht von der Stadt Bielefeld, sondern von der unteren Landschaftsbehörde getroffen werde.

Herr Wörmann erklärt, dass die Stadt Bielefeld die untere Landschaftsbehörde verkörpere und nach derzeitigem Stand der Planungen kein Sichtschutz oder Zäune im Gebiet gewollt seien. Stattdessen sei eine klare Beschilderung und Wegeführung, eventuell mit breiten Gräben zur Besucherlenkung geplant. Dabei werde bewusst nur der Kernraum des Gebietes als Naturschutzgebiet eingestuft, Besucher sollten sich keinesfalls im Gesamtgebiet ausgesperrt fühlen. Auf explizite Nachfrage von Herrn Dr. Elsner, ob im Falle der Ausweisung als Naturschutzgebiet Zäune in dem Gebiet kategorisch ausgeschlossen werden können, erklärt er, dass Besucherlenkung auf andere Weise als mit Zäunen erreicht werden solle. Es könne jedoch Situationen geben, in denen das Einzäunen bestimmter Bereiche erforderlich werde. Dies sei z. B. denkbar, wenn hochschützenswerte Artenvorkommen trotz Besucheraufklärung und -lenkung wiederholt durch freilaufende Hunde gestört würden.

Herr Dr. Elsner fragt, ob es richtig sei, dass die von Herrn Wörmann beschriebenen Maßnahmen zum Artenschutz und zur Besucherlenkung auch im jetzigen Landschaftsschutzgebiet zu Artenschutz Zwecken möglich wären, eine Ausweisung als Naturschutzgebiet aber bedeute, dass solche Maßnahmen zwingend ergriffen werden müssen.

Herr Wörmann erklärt, dass im Falle einer Ausweisung als Naturschutzgebiet weitreichendere Schutzmöglichkeiten als in einem Landschaftsschutzgebiet bestehen. Im Übrigen könnten Artenschutzmaßnahmen, z. B. durch Einzäunen bestimmter Bereiche, unabhängig von einem Naturschutzgebiet getroffen werden. Bezogen auf die konkreten Flächen sei dies sogar relativ leicht möglich, da die Flächen im Eigentum der Stadt Bielefeld stehen.

Herr Dr. Elsner vertritt die Auffassung, es bestehe in der Ausweisung eines Naturschutzgebietes folglich kein Vorteil.

Herr Wörmann erklärt, dass mit der Ausweisung eines Naturschutzgebietes z. B. mehr Fördermöglichkeiten und mehr Möglichkeiten zur Besucherlenkung verbunden seien.

Herr Dr. Elsner bezieht sich auf die schriftliche Antwort des Umweltamtes auf die Frage Nr. 6 b) der CDU-Fraktion und konkretisiert seine Frage. Es gehe darum, zu erfahren, weshalb der Wert der Flächen in den letzten Jahren entgegen dem allgemeinen Trend bei Grundstückspreisentwicklungen so stark gesunken sei.

Herr Wörmann führt dazu aus, dass der unter Punkt 6. der Informationsvorlage dargestellte Wertverlust der Flächen des vorgeschlagenen Naturschutzgebietes auf Zahlen des ISB beruhe. Es

handele sich dabei um bilanzielle Abwertungen von Acker- und Grünlandflächen.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) spricht sich generell für eine Ausweisung des Gebietes als Naturschutzgebiet aus. Er nimmt Bezug auf einige bereits von der Bezirksvertretung Heepen gefasste Beschlüsse z. B. zur Anlage von Obstwiesen und Blänken im Plangebiet und übt Kritik daran, dass diese Beschlüsse nicht umgesetzt wurden. Außerdem übt er Kritik daran, dass die Bezirksvertretung nicht über die Verpachtung von potenziellen Obstwiesenflächen an Landwirte informiert wurde.

Herr Wörmann führt aus, dass Obstwiesen als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Bauvorhaben im Gegensatz zu anderen Möglichkeiten in der Herstellung und Pflege teuer seien. Es sei deshalb nicht leicht, eine solche Maßnahme einem Eingriffsverursacher anzudienen. Bezogen auf das Gebiet "Hove" gebe es keinen fachlichen Grund, dort keine Obstwiese zu verorten. Bezüglich des geschlossenen Pachtvertrages sei ihm nicht bekannt, welche Regelung es zwischen dem ISB und der Bezirksvertretung Heepen zur Information des Gremiums über Pachtverträge gebe. Die Vertragsdauer betrage in der Regel ein Jahr, um auf Veränderungen kurzfristig reagieren zu können. Die Anlage von Blänken sei aus fachlicher Sicht zu einem späteren Zeitpunkt im Zusammenhang mit der Renaturierung des Johannisbaches sinnvoll. Blänken verbesserten das Nahrungsangebot für Störche nicht wesentlich. Für die Störche sei vielmehr das Mähen der Wiesenflächen wichtig, damit die Tiere dort Aufenthaltsflächen zur Nahrungssuche finden. Teile seien bereits gemäht worden, im nächsten Jahr sollen diese Arbeiten fortgeführt werden.

Herr Wäschebach vertritt die Auffassung, dass die Umsetzbarkeit der bestehenden politischen Beschlüsse hinsichtlich der Errichtung einer Querungshilfe über die Talbrückenstraße im Bereich des Halhofes im anlassbezogenen Arbeitskreis "Tiefbau/Verkehr/Planung" erörtert werden sollte.

Herr Dr. Elsner vertritt die Auffassung, dass viele der in der Informationsvorlage dargestellten Maßnahmen wünschenswert zur Aufwertung des Gebietes seien. Die Ausweisung als Naturschutzgebiet halte er jedoch derzeit nicht für notwendig sondern befürchte vielmehr zukünftig Einschränkungen in der Entscheidungsfreiheit, wenn ein Naturschutzgebiet bestehe. Er formuliert folgenden Antrag:

"Die Verwaltung wird gebeten, die in der Informationsvorlage DS-Nr. 3466/2014-2020 genannten Maßnahmen umzusetzen und auf eine Ausweisung als Naturschutzgebiet derzeit zu verzichten."

Frau Kreye (Bündnis 90/Die Grünen) vertritt die Auffassung, die Johannisbachaue sei ein Juwel im Stadtbezirk, das den Stadtbezirk Heepen durch die vorgeschlagenen Maßnahmen aufwerte. Sie halte die sich abzeichnenden Entwicklungen für erfreulich und positiv. Lediglich der geplanten Disc-Golf-Anlage stehe sie kritisch gegenüber.

Herr Schatschneider (Die Linke) begrüßt das Konzept und den geplanten Biotopraum ausdrücklich. Er halte das Konzept für gut und ausgewogen und erwarte, dass die Maßnahmen zu einer Aufwertung des Gebietes beitragen werden. Der Verwaltung danke er für die bereits geleistete Arbeit.

Herr Dr. Elsner und Herr Wäschebach treten für die folgenden Abstimmungen unter diesem Tagesordnungspunkt von der getroffenen Pairing-Vereinbarung zurück.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet um Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion:

"Die Verwaltung wird gebeten, die in der Informationsvorlage DS-Nr. 3466/2014-2020 genannten Maßnahmen umzusetzen und auf eine Ausweisung als Naturschutzgebiet derzeit zu verzichten."

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird gebeten, die in der Informationsvorlage DS-Nr. 3466/2014-2020 genannten Maßnahmen umzusetzen und auf eine Ausweisung als Naturschutzgebiet derzeit zu verzichten.

Dafür: 6

Dagegen: 7

Enthaltungen: keine

- mit Mehrheit abgelehnt -

Herr Wäschebach stellt folgende konzeptbezogene Anträge:

"Die übergeordneten Gremien werden gebeten, die Beschlüsse und Anregungen der BZV zu übernehmen.

- 1. Im Maßnahmenkatalog (S. 82/83; Landschaftsbild und Landschaftsstruktur) erhält Punkt 9 folgende Fassung:
Anlage von Streuobstwiesen im Bereich Hove (zwischen Bahnlinie und vorhandenem Wanderweg), im Bereich des Halhofes ... (etc. wie in Vorlage)*

2. *In den Maßnahmenkatalog (S. 83/84; Wege) werden ergänzend übernommen:*
 - *Verbesserung der Schotterwege im Findlingsgarten*
 - *Anlage einer Fußwegeverbindung vom Parkplatz im Bereich Grafenheider/Engersche Straße (auf der Nordseite der Grafenheider Straße mit sicherer Querungsmöglichkeit in die Anlage Obersee)*

3. *Der Punkt 3 des Kataloges (S. 83/84; Wege) erhält folgende Fassung:*
Fußwegeverbindung im Bereich Großes Binnenholz von der Talbrückenstraße in die Aue - mit Anlage eines Parkplatzes in diesem Bereich

4. *In den Maßnahmenkatalog (S. 84; Freizeitinfrastruktur) wird ergänzend übernommen:*
 - *Aufstellen von Bänken oder anderen Ruhemöglichkeiten vor allem im westlichen und östlichen Teil des Johannisbachtals (s. Karte 23)"*

Frau Grünewald (CDU-Fraktion) fragt, ob es zutreffend sei, dass im Fall der Ausweisung eines Naturschutzgebietes mehr Fördergelder zur Verfügung stehen und ob solche Fördergelder projektbezogen oder für die Gesamtmaßnahme vergeben werden.

Herr Wörmann erklärt, dass Naturschutz-Fördermittel ausschließlich für Naturschutzmaßnahmen in Anspruch genommen werden könnten. Parkplätze oder ähnliches müssten mit anderen Mitteln finanziert werden. Aus diesem Grund sei geplant, die Maßnahmen nach und nach umzusetzen.

Auf Nachfrage von Frau Grünewald bestätigt Herr Wörmann, dass eine Ausweisung als Naturschutzgebiet nicht Voraussetzung für die Möglichkeit sei, Fördermittel für einzelne Naturschutzmaßnahmen zu erhalten.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet um Abstimmung über die das Konzept betreffenden Anträge.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die übergeordneten Gremien werden gebeten, die Beschlüsse und Anregungen der BZV zu übernehmen.

- 1. Im Maßnahmenkatalog (S. 82/83; Landschaftsbild und**

**Landschaftsstruktur) erhält Punkt 9 folgende Fassung:
Anlage von Streuobstwiesen im Bereich Hove (zwischen
Bahnlinie und vorhandenem Wanderweg), im Bereich des
Halhofes... (etc. wie in Vorlage)**

- 2. In den Maßnahmenkatalog (S. 83/84; Wege) werden
ergänzend übernommen:**
 - **Verbesserung der Schotterwege im Findlingsgarten.**
 - **Anlage einer Fußwegeverbindung vom Parkplatz im
Bereich Grafenheider/Engersche Straße (auf der
Nordseite der Grafenheider Straße mit sicherer
Querungsmöglichkeit in die Anlage Obersee).**
- 3. Der Punkt 3 des Kataloges (S. 83/84; Wege) erhält folgende
Fassung:
Fußwegeverbindung im Bereich Großes Binnenholz von der
Talbrückenstraße in die Aue - mit Anlage eines Parkplatzes
in diesem Bereich.**
- 4. In den Maßnahmenkatalog (S. 84; Freizeitinfrastruktur) wird
ergänzend übernommen:**
 - **Aufstellen von Bänken oder anderen
Ruhemöglichkeiten vor allem im westlichen und
östlichen Teil des Johannisbachtals (s. Karte 23)**

- einstimmig beschlossen -

Herr Wäschebach formuliert weitere Anträge:

- 1. Die BZV Heepen fordert die Einbeziehung des landwirtschaftlich
genutzten Streifens südlich der Straße am Jeipohl in das NSG
Johannisbachaue (oder mindestens die Ausweisung als extensiv
genutzte Fläche).*
- 2. Die BZV Heepen bittet die Verwaltung, Verhandlungen mit den
Landwirten und Gemüsebauern zu führen mit dem Ziel, in der
Johannisbachaue auf Pestizide und andere Giftstoffe zu
verzichten.*
- 3. Die BZV Heepen unterstützt die Initiative von interessierten
Bürgern, in der Johannisbachaue ein weiteres Storchennest zu
bauen.*
- 4. Die noch nicht angelegten Blänken im östlichen Teil der Aue sollen
unverzüglich angelegt werden.*

Herr Dr. Elsner erklärt, aus seiner Sicht sei eine erneute Abstimmung
über den bereits hinsichtlich der Anlage von Blänken gefassten Beschluss
nicht notwendig. Als Bekräftigung des vorhandenen Beschlusses könne
seine Fraktion den Antrag jedoch unterstützen.

Sodann bittet Bezirksbürgermeister Sternbacher um einzelne
Abstimmung über die Anträge der SPD-Fraktion.

Es ergehen folgende

B e s c h l ü s s e:

- 1. Die BZV Heepen fordert die Einbeziehung des landwirtschaftlich genutzten Streifens südlich der Straße am Jeipohl in das NSG Johannisbachaue (oder mindestens die Ausweisung als extensiv genutzte Fläche).**

Dafür: 7 Stimmen

Dagegen: 6 Stimmen

- mit Mehrheit beschlossen -

- 2. Die BZV Heepen bittet die Verwaltung, Verhandlungen mit den Landwirten und Gemüsebauern zu führen mit dem Ziel, in der Johannisbachaue auf Pestizide und andere Giftstoffe zu verzichten.**

- einstimmig beschlossen -

- 3. Die BZV Heepen unterstützt die Initiative von interessierten Bürgern, in der Johannisbachaue ein weiteres Storchennest zu bauen.**

- einstimmig beschlossen -

- 4. Die noch nicht angelegten Blänken im östlichen Teil der Aue sollen unverzüglich angelegt werden.**

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 5.1 *

-.-.-

Zu Punkt 6 Anträge**Zu Punkt 6.1 Anlage einer Querungshilfe im Bereich Braker Straße/Lohrenkamp**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3735/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

"Das Amt für Verkehr wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass im Bereich Braker Straße/Lohrenkamp eine Querungshilfe gebaut wird."

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) vertritt die Auffassung, der Antrag sei zur Bekräftigung des bestehenden Beschlusses aufgrund aktueller Entwicklungen notwendig. Vor kurzem habe sich an der Stelle ein Unfall mit Todesfolge ereignet.

Herr Schatschneider (Die Linke) vertritt die Auffassung, dass es erschreckend sei, dass erst etwas passieren müsse, bevor Maßnahmen ergriffen werden.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt, seine Fraktion halte die bereits priorisierte Maßnahme nach wie vor für notwendig.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Das Amt für Verkehr wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass im Bereich Braker Straße/Lohrenkamp eine Querungshilfe gebaut wird.

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 6.1 *

-.-.-

Zu Punkt 6.2 Prüfung der Verkehrssituation Grömitzer Straße/ Fehmarnstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3851/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verkehrssituation an der Einmündung Grömitzer Straße/Fehmarnstraße dahingehend zu überprüfen, ob durch weitere verkehrslenkende Maßnahmen die Leistungsfähigkeit der Einmündung erhöht werden muss.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verkehrssituation an der Einmündung Grömitzer Straße/Fehmarnstraße dahingehend zu überprüfen, ob durch weitere verkehrslenkende Maßnahmen die Leistungsfähigkeit der Einmündung erhöht werden muss.

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 6.2 *

...-

Zu Punkt 6.3 Sicherstellung der Begehbarkeit der Straße "Am Damm"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3853/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag des Vertreters der Partei Die Linke:

Die Verwaltung wird beauftragt dafür zu sorgen, dass die Straße „Am Damm“ dauerhaft sicher begehbar ist.

Herr Schatschneider schildert, dass die neben der Eisenbahnbrücke an der Braker Straße beginnende Straße "Am Damm" stark zugewachsen und deshalb, insbesondere auch für bewegungseingeschränkte Menschen, so gut wie nicht mehr passierbar sei.

Herr Dr. Elsner vertritt die Auffassung, dass ein politischer Antrag mit dem Ziel, die allgemeine Verkehrssicherungspflicht zu erfüllen, nur in besonders schwerwiegenden Ausnahmefällen begründet sei. Bei der Straße "Am Damm" handele es sich zudem möglicherweise um eine Privatstraße.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt dafür zu sorgen, dass die Straße „Am Damm“ dauerhaft sicher begehbar ist.

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 6.3 *

-.-.-

Zu Punkt 7

233. Änderung des Flächennutzungsplanes "Sonderbaufläche Halhof" für das Gebiet südlich der Talbrückenstraße, östlich des Sportplatzes für die Flurstücke 1581 tlw. und 1701 tlw., Flur 54, Gemarkung Bielefeld im Parallelverfahren gemäß § 8 (3) BauGB
- Stadtbezirk Heepen -
- Beschluss über Stellungnahmen
- Abschließender Beschluss zur 233. Änderung des Flächennutzungsplanes
- Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. III/H23 "Halhof"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3773/2014-2020

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) übt Kritik daran, dass erneut die an der Vorlage zum Satzungsbeschluss gegenüber dem Entwurfsbeschluss vorgenommenen Änderungen nicht zusammengefasst dargestellt wurden und erläutert den dadurch entstehenden Arbeitsaufwand für die Gremien. Er schlägt zum wiederholten Mal vor, Änderungen durch Kursivdruck im Text kenntlich zu machen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher kündigt an, diese Problematik im nächsten Gespräch mit dem Oberbürgermeister zu thematisieren. Er halte es für notwendig, eine verbindliche und einheitliche Regelung zur Darstellung von Änderungen herbeizuführen.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) äußert sein Unverständnis darüber, dass zum Satzungsbeschluss regelmäßig auch alle mit der Vorlage zum Entwurfsbeschluss identischen Teile erneut in Papierform vorgelegt werden und nicht auf die Vorlage zum Entwurfsbeschluss verwiesen werde.

Frau Binder-Kruse (Bauamt) erläutert die gesetzlichen Vorgaben, die die Darstellung der gesamten Beschlussvorlage zum Satzungsbeschluss notwendig machen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. Die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB zur 233. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie zur Erstaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/H 23 werden gemäß Anlage A in der Planung berücksichtigt.
2. Den Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange im Verfahren gemäß § 4 (2) BauGB wird gemäß Anlage B Pkt. 2 gefolgt (lfd. Nrn. 3, 4, 6). Eine Stellungnahme wird zurückgewiesen (lfd. Nr. 8). Die sonstigen Stellungnahmen mit allgemeinen Hinweisen werden zur Kenntnis genommen (lfd. Nrn. 1, 2, 5, 7, 9).
3. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen redaktionellen Änderungen und Ergänzungen der Planunterlagen werden gemäß Anlage B Pkt. 3 beschlossen.
4. Die 233. Änderung des Flächennutzungsplanes "Sonderbaufläche Halhof" im Parallelverfahren gemäß § 8 (3) BauGB wird mit der Begründung abschließend beschlossen.
5. Der Bebauungsplan Nr. III/H 23 „Halhof“ wird als Satzung gemäß § 10 (1) BauGB beschlossen.
6. Die Begründung zum Bebauungsplan Nr. III/H 23 „Halhof“ mit ihren Bestandteilen wird gebilligt.
7. Nach Durchführung des Genehmigungsverfahrens zur 233. Änderung des Flächennutzungsplanes „Sonderbaufläche Halhof“ sind die Erteilung der Genehmigung für die Flächennutzungsplan-Änderung sowie der Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. III/H 23 „Halhof“ gemäß §§ 6 (5) und 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen.

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 7 *

Zu Punkt 8

1. Änderung des Bebauungsplanes III/3/43.00 "Hagenkamp" für das Gebiet nördlich der Straße Hagenkamp, östlich (rückwärtig) der Straße Am Wellbach und südlich des Bachlaufes Wellbach für die Flurstücke 158, 157 und 1114 der Flur 56, Gemarkung Bielefeld im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB

-	Stadtbezirk	Heepen	-
Beschluss	über	Stellungnahmen	

Satzungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3783/2014-2020

Frau Binder-Kruse (Bauamt) weist darauf hin, dass der notwendige Erschließungsvertrag bisher noch nicht geschlossen werden konnte. Ohne Erschließungsvertrag sei die Erschließung der Grundstücke nicht gesichert und Baugenehmigungen könnten nicht erteilt werden. Bis zum Satzungsbeschluss solle dieser Vertrag aber vorliegen.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) fragt, ob der Ratsbeschluss trotz des fehlenden Erschließungsvertrages gefasst werden könne.

Frau Binder-Kruse erklärt, dass dies der Fall sei.

Frau Grünewald (CDU-Fraktion) vertritt die Auffassung, dass die Zufahrt zum Gebiet in der geplanten Weise Gefahrenpotenzial habe. Die bereits in den letzten Beratungen geäußerten Bedenken der Bezirksvertretung hätten bedauerlicherweise nicht zu Änderungen der Pläne geführt.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) fragt, welche Schritte das Bauamt unternommen habe, um die von der Bezirksvertretung angeregten Änderungen und aufgeworfenen Fragestellungen hinsichtlich der Zufahrt zu prüfen.

Herr Weinstein (Büro Enderweit und Partner) erklärt, das Amt für Verkehr habe die verkehrsrechtlichen Aspekte der Zufahrtssituation erneut geprüft, jedoch keine Gefährdungssituation festgestellt, die eine Änderung der Zufahrt erforderlich gemacht hätte. Die Höhe der Einfriedungen im Sichtdreieck sei auf 0,8 m begrenzt worden, die Zufahrt auf den Hagenkamp erfolge mit gerader Straßenführung und die Kurve werde komplett von Bebauung freigehalten, so dass freie Sicht innerhalb des erforderlichen Sichtdreiecks bestehe.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. **Den Anregungen und Hinweisen der Stellungnahmen aus den erneuten frühzeitigen Beteiligungsschritten gemäß §§ 3 (1), 4 (1) BauGB wird gemäß Anlage A1 teilweise stattgegeben.**
2. **Der Stellungnahme der Stadtwerke Bielefeld GmbH aus der Beteiligung gemäß § 4 (2) BauGB wird gemäß Anlage A2 Punkt A2.1 Nr. 2.12 gefolgt.**
3. **Die Änderungs- und Ergänzungsvorschläge der städtischen Dienststellen zur Änderung des Bebauungsplanentwurfes werden gemäß Anlage A2 Punkt A2.2 beschlossen.**
4. **Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/ 3 / 43.00 "Hagenkamp" für das Gebiet nördlich der Straße Hagenkamp, östlich (rückwärtig) der Straße Am Wellbach und südlich des Bachlaufes Wellbach wird mit der Begründung als Satzung gemäß § 10 (1) BauGB beschlossen.**
5. **Der Satzungsbeschluss ist gemäß § 10 (3) BauGB ortsüblich öffentlich bekannt zu machen.**

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 8 *

Zu Punkt 9

**4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/M 6
"Milse-West" Teilplan 2 für das Gebiet östlich der Heilbronner
Straße und westlich der Leinenstraße gemäß §13
Baugesetzbuch (BauGB)**
- **Stadtbezirk Heepen** -
Entwurfsbeschluss zur erneuten Offenlage

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3792/2014-2020

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) fragt, weshalb eine erneute Offenlage notwendig sei.

Frau Binder-Kruse (Bauamt) erklärt, dass abwägungsrelevante Anregungen im Entwurfsverfahren eingegangen seien, die sich materiell-rechtlich auswirken könnten. Da hiervon mehrere Grundstückseigentümer betroffen seien, sei eine erneute Offenlage notwendig geworden.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. Die 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. III/M6 „Milse-West“ Teilplan 2“ für das Gebiet östlich der Heilbronner Straße und westlich der Leinenstraße wird mit der Begründung gemäß § 2a BauGB als Entwurf für die erneute Offenlage beschlossen.
2. Der Entwurf der Bebauungsplanänderung ist mit der Begründung für die Dauer eines Monats gemäß § 13 BauGB i.V. mit § 3 (2) sowie § 4a (3) BauGB öffentlich auszulegen. Dies ist ortsüblich öffentlich bekannt zu machen.
3. Gemäß § 13 BauGB i.V. mit § 4 (2) und § 4a (3) BauGB sind die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu dem Entwurf der Bebauungsplanänderung erneut einzuholen.

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 9 *

Zu Punkt 10

Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept Stadtumbau

Bielefeld (ISEK Stadtumbau Bielefeld)
hier: INSEK Baumheide - Weiteres Vorgehen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3813/2014-2020

Herr Dodenhoff (Bauamt) stellt die bisherige Entwicklung des Prozesses anhand einer Beamer-Präsentation dar. Zurzeit finde in Baumheide ein Monitoring und eine Evaluation zum Erfassen der Ausgangssituation statt. Für die Sanierung des Freizeitzentrums als vorgezogenes Projekt seien vor Bewilligung der Fördermittel für den Stadtumbau bereits Finanzmittel in Höhe von 2,5 Millionen € bereitgestellt worden, so dass die Sanierung in Kürze beginnen könne. Weitere 2,5 Millionen € seien im Verlauf des Verfahrens noch eingeplant.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) weist darauf hin, dass er es für erforderlich halte, dass die als Prozessbegleiter ausgewählten Vertreter der Bezirkspolitik Stellvertreter aus den entsprechenden Fraktionen erhalten.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) bittet darum, die Bezirksvertretung zu informieren, falls der Prozess durch politische Beschlüsse unterstützt werden könne.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet darum, in die Projektsteuerung auch das Bezirksamt Heepen einzubeziehen und die dort vorhandene, bezirksbezogene Erfahrung zu nutzen. Insgesamt habe die Verwaltung aus seiner Sicht effektiv alle sich bietenden Chancen wahrgenommen, um den Stadtumbau Baumheide verwirklichen zu können. Er bitte in einiger Zeit um Mitteilung eines Zwischenstandes der weiteren Entwicklung des Projektes in der Bezirksvertretung Heepen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 10 *

-.-.-

Zu Punkt 11

Einwohnerbefragung im Stadtteil Baumheide

Herr Beigeordneter Nürnberger berichtet über eine zurzeit im Stadtbezirk Baumheide stattfindende Befragung der Einwohnerinnen und Einwohner durch die REGE mbH, deren Ergebnis in das Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept einfließen solle.

Herr Dörk (REGE mbH) erklärt, dass für die in Zukunft zu stellenden Projektanträge detaillierte Informationen aus den Quartieren benötigt werden. Für die Begründung solcher Anträge sei es erforderlich, darzustellen, welche Defizite von den Einwohnerinnen und Einwohnern wahrgenommen werden und welche Wünsche diese haben. Die Befragung sei am 28.07.2016 begonnen worden. Ziel sei es, an jeder Tür

zu klingeln und die Einwohnerinnen und Einwohner persönlich zu befragen. Die Befragung sei mittels Handzetteln in Briefkästen angekündigt worden. Zwischenzeitlich seien 1.936 Wohnungen aufgesucht worden, in 853 Fällen sei den Fragestellern geöffnet worden und in 50 % der Versuche hätten diese Antworten erhalten. Die insgesamt ermittelte Antwortquote von 22 % sei als gut zu beurteilen, es gebe bisher ausschließlich positive Resonanz der Befragten. Aus der zu einem späteren Zeitpunkt anstehenden Analyse sollen Bedarfe abgeleitet und arbeitsmarktorientierte Projekte entwickelt werden, die in das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept eingefügt werden um Fördermittel zu generieren.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) fragt, ob die Gefahr bestehe, dass durch solche Befragungen bei den Befragten besondere Erwartungen entstehen könnten.

Herr Dörk erklärt, dass den Befragten vermittelt werde, dass keine Einzelprobleme über dieses Instrument gelöst werden könnten.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet zukünftig um Information der Bezirksvertretung Heepen über solche Vorhaben im Stadtbezirk. Weiter bittet er um Weitergabe der Erkenntnisse aus den Befragungen an die Bezirksvertretung Heepen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 11 *

-.-.-

Zu Punkt 12

Schulsozialarbeit nach Bildung und Teilhabe im Stadtbezirk Heepen

Herr Beigeordneter Nürnberger berichtet, dass die Sozialarbeit an Schulen ab dem Jahr 2012 über Bundesmittel für Bildung und Teilhabe (BuT) finanziert wurde. Seit 2015 erfolge die Finanzierung über Landesmittel, was aufgrund der geringeren Höhe im Gegensatz zu den Bundesmitteln eine Beteiligung der Kommunen erfordere. Wie die Finanzierung ab dem Jahr 2018 gesichert werden könne, sei noch nicht geklärt. In der mittelfristigen Finanzplanung seien Mittel für die Co-Finanzierung der Schulsozialarbeit eingestellt worden.

Zurzeit sei die Schulsozialarbeit an 25 Grundschulen aktiv, gleichzeitig werden 15 sogenannte "Satelliten-Grundschulen" mitbetreut. Im Stadtbezirk Heepen werden 2 Grundschulen betreut.

Frau Weidenbach (REGE mbH) stellt die Inhalte und einige konkrete Beispiele der Schulsozialarbeit anhand einer Beamerpräsentation vor. Im Stadtbezirk Heepen werden zurzeit an der Wellbachschule und an der Grundschule Oldentrup insgesamt 469 Kinder betreut, die Grundschulen Brake, Am Homersen, Heeperholz, Milse und Altenhagen werden mittels "Satellitenbetreuung" versorgt. Auf Nachfrage von Herrn Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt sie, dass die "Satellitenbetreuung"

reine Beratung zu den Angeboten des Bildungs- und Teilhabeprogramms für maximal zwei Stunden pro Woche beinhalte.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) fragt, ob vor dem Hintergrund des durch Zuwanderung anderer Nationalitäten steigenden Beratungsbedarfes eine Aufstockung der derzeitigen Leistungen möglich sei.

Herr Nürnberger erklärt, dass dies zurzeit im bestehenden finanziellen Rahmen nicht möglich sei, weil es sich um eine freiwillige Leistung der Kommune handele, die wegen des bestehenden Haushaltssicherungskonzeptes nicht ausgeweitet werden könne. Theoretisch möglich wäre eine Aufstockung der Landesmittel, die dann einen größeren Leistungsumfang der Schulsozialarbeit ermögliche.

Bezirksbürgermeister Sternbacher vertritt die Auffassung, die Stadt könne ausfallende Bundes- oder Landesmittel nicht abfangen. Die Bezirksvertretung Heepen werde die weitere Entwicklung der Schulsozialarbeit politisch unterstützen, wo dies möglich sei.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 12 *

-.-.-

Zu Punkt 13

Lebenslagen und soziale Leistungen 2014/2015

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Beigeordneter Nürnberger und Frau Krutwage (Büro für integrierte Sozialplanung und Prävention) stellen einige auf den Stadtbezirk Heepen bezogene Auswertungen des Lebenslagenberichtes anhand einer Beamerpräsentation vor. Dabei gehen sie insbesondere auf die Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug ab dem Jahr 2008 ein und stellen quartiers- und zielgruppenorientierte Maßnahmen insbesondere zur Unterstützung von Kindern vor. Ziel sei es, die Folgen von Arbeitslosigkeit und Armut mit den der Kommune zur Verfügung stehenden Mitteln zu mindern. Der Lebenslagenbericht solle dabei als Arbeitsgrundlage unter anderem für die politischen Gremien dienen. Auf Rückfrage von Herrn Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) erklärt Herr Nürnberger, der auffallende Anstieg der Anzahl von Menschen mit psychischen Behinderungen sei aus seiner Sicht darauf zurückzuführen, dass steigende Belastungen und hohe Veränderungsgeschwindigkeiten Menschen belasten und diese Menschen

wegen der steigenden Enttabuisierung von psychischen Einschränkungen Hilfen immer mehr annehmen können.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) vertritt die Auffassung, es sei wichtig, statistische Zahlen im Gesamtzusammenhang zu sehen, um die richtigen Schlüsse zu ziehen. Er danke Herrn Nürnberger für den ausführlichen und stadtbezirksbezogenen Bericht.

Bezirksbürgermeister Sternbacher vertritt die Auffassung, der begonnene Weg werde zu erfolgreichen Ergebnissen führen. Der Bericht könne dabei als Grundlage für die weitere Arbeit verwendet werden.

Herr Wäschebach fragt, ob sich aus Sicht der Fachverwaltung besondere Ansatzpunkte für politische Gremien oder bemerkenswerte Veränderungen seit dem Jahr 2009 ergeben.

Frau Krutwage erklärt, dass insbesondere die Anzahl der Alleinerziehenden und der Kinder in Familien mit Arbeitslosengeld-II-Bezug seit dem Jahr 2008 kontinuierlich gestiegen sei. In der Vergangenheit seien diese Zahlen nicht so kleinteilig erfasst worden. Es sei bei bezirksbezogener Betrachtung wichtig, die Grundlage der Zahlen in den statistischen Bezirken zu beachten.

Herr Nürnberger führt aus, dass der Bericht z. B. als Instrument bei der Planung neuer Stadtteile genutzt werden könne, um eine gut gemischte Bebauung unter Berücksichtigung des Ratsbeschlusses hinsichtlich des Anteils von 25 % sozialem Wohnungsbau bei neuen Baugebieten sicherzustellen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 13 *

-.-.-

Zu Punkt 14

Rahmenbedingungen für die Sanierung von Straßenbeleuchtung

Herr Euler (SPD-Fraktion) nimmt Bezug auf Mitteilungen des Amtes für Verkehr über die Sanierung von Straßenbeleuchtung. Er habe den Eindruck gewonnen, dass bei der Umstellung von Straßenbeleuchtung auf LED-Technik häufig eine Leuchte mehr installiert werde, was dazu führe, dass die Kosten der Gesamtmaßnahme anteilig auf die Anlieger umgelegt werden können. Er bitte um Erklärung, wie der zusätzliche Leuchtenbedarf entstehe.

Herr Laker (Amt für Verkehr) führt aus, dass für die frühere Beleuchtungsart mit Pilzleuchten ein Abstand zwischen den einzelnen Masten von 40 bis 50 Metern oder mehr ausreichend gewesen sei, um eine verkehrssichere Ausleuchtung zu gewährleisten. Die LED-Leuchten, die bei Umstellung eingesetzt werden, benötigten für den gleichen Effekt einen Mastabstand von 35 bis 40 Metern. Dadurch würde es häufig

notwendig, im Zuge der Umstellung auf LED auch Masten zu ergänzen. Auf Rückfrage von Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt er, dass die Maßnahmen in der Mehrzahl der Fälle abrechnungsfähig nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) seien. Vorrangiges Ziel der Maßnahmen sei die Sicherstellung einer verkehrssicheren Beleuchtung. Die Abrechnungsfähigkeit werde erst später geprüft.

Herr Euler fragt, welche Motivation es für die Umstellung auf LED gebe, wenn eine funktionierende Straßenbeleuchtung vorhanden sei.

Herr Laker erklärt, dass in Wohn- und Anliegerstraßen früher Pilzleuchten mit Quecksilberdampflampen als Leuchtmittel aufgestellt waren. Inzwischen seien diese Leuchtmittel von der EU verboten worden. Die Umstellung auf LED-Beleuchtung basiere auf einem Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses aus dem Jahr 2011.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) vertritt die Auffassung, dass die Auswirkungen der Umstellung nicht klar gewesen seien. Die Wiederherstellung des vorherigen Beleuchtungszustandes durch neue Technik auf Kosten der Anlieger halte er für fragwürdig.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst zusammen, dass deutlich geworden sei, dass es bei der Umstellung auf LED-Technik vorrangig um die Sicherstellung von verkehrssicherer Beleuchtung gehe und nicht um die Abrechnungsfähigkeit von Maßnahmen nach dem KAG.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 14 *

-.-.-

Zu Punkt 15 Errichtung einer Discgolf-Anlage am Obersee

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3619/2014-2020

Herr Skarabis erklärt, die Bezirksvertretung Heepen werde an dem Verfahren als einer von drei betroffenen Stadtbezirken beteiligt, weil es sich um eine überbezirkliche Grünanlage handele.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) regt an, die Vorlage lediglich zur Kenntnis zu nehmen und Bedenken und Anregungen einzubringen. Er rege zum Beispiel an, eingehend zu prüfen, ob sich im Bereich der Bahn Nr. 12 keine Nutzungskonflikte mit dem parallel verlaufenden Fußweg ergeben und ob Gefahrenpotenziale vorhanden seien.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) vertritt die Auffassung, die Anlage sei überflüssig.

Frau Kreye fragt, ob Kompetenzen der Bezirksvertretung berührt sein könnten, weil es sich um die Verwendung von Sportmitteln handele.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, hierüber entscheide der Schul- und Sportausschuss.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 15 *

-.-.-

Zu Punkt 16 Breitbandausbau in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3521/2014-2020

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) bittet darum, ein stadtbezirksbezogenes Ergebnis der Bestandsaufnahme zu erhalten. Er regt an, den Breitbandkoordinator zukünftig grundsätzlich bei Bebauungsplanverfahren zu beteiligen, um möglichen Infrastrukturbedarf qualifiziert feststellen zu können.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 16 *

-.-.-

Zu Punkt 17 8. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 05.08.2004

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3525/2014-2020

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) erklärt, seine Fraktion lehne die 1. Änderung zur Beschränkung der Beteiligung der Bezirksvertretungen in Bezug auf Planung, Unterhaltung, Ausstattung und Umbau von Haupt- und Förderschulen auf ein Anhörungsrecht ab.

Bezirksbürgermeister Sternbacher führt aus, er sehe keinen Grund für die beabsichtigte Änderung. Das Gebäude bleibe im Stadtbezirk, unabhängig

davon, welche Schulform darin bestehe und von wo die Schüler kommen, die diese Schule besuchen. Der Bezirksvertretung Heepen sei es wichtig, die Nähe zu den Schulen im Stadtbezirk zu erhalten. Er plädiere dafür, die Entscheidungskompetenzen in Bezug auf Planung, Unterhaltung, Ausstattung und Umbau sowohl für Haupt- als auch Förderschulen in bezirklicher Hand zu belassen.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) stimmt den Ausführungen von Herrn Wäschebach und Bezirksbürgermeister Sternbacher zu.

Herr Wäschebach regt an, das Freizeitzentrum Baumheide wieder als stadtbezirkliche Einrichtung auszuweisen.

Unter Berücksichtigung der Anregung von Herrn Wäschebach ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. Die Bezirksvertretung Heepen lehnt den Artikel 1 Nr. 1 des Vorschlags zur 8. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung ab. Alle weiteren Punkte des Änderungsvorschlags nimmt die Bezirksvertretung Heepen zur Kenntnis.
2. Das Freizeitzentrum Baumheide soll zukünftig wieder als stadtbezirkliche Einrichtung ausgewiesen werden.

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 17 *

Zu Punkt 18

36. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Bielefeld (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) hier: Änderung des Straßenreinigungsverzeichnisses (Stadtbezirk Heepen)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3701/2014-2020

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung empfiehlt dem Rat, die Änderungen des Straßenreinigungsverzeichnisses gem. Anlage zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 18 *

-.-.-

Zu Punkt 19

**Wirtschaftsplan 2017 des Immobilienservicebetriebes:
bezirksbezogene Baumaßnahmen im Stadtbezirk Heepen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3690/2014-2020

Herr Skarabis erklärt, im Zuge der Maßnahme "Barrierefreie Erschließung des Bezirksamtes Heepen" solle ein neuer Fahrstuhl installiert werden, der den barrierefreien Zugang zum Erdgeschoss und zum ersten Stockwerk des Gebäudes ermögliche. Zusätzlich solle ein zweiter baulicher Rettungsweg über eine Außentreppe geschaffen werden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher ergänzt, dass der bisherige Fahrstuhl am Amtsgebäude witterungsanfällig sei und deshalb ersetzt werden müsse. Die zweite Etage könne aufgrund von baulichen und finanziellen Abhängigkeiten nicht barrierefrei erschlossen werden.

Auf Nachfrage von Frau Grünewald (CDU-Fraktion) erklärt Herr Skarabis, bei den Maßnahmen "Sanierung Spielplatz" und "Sanierung Freizeitpark Oldentrup" handele es sich um bereits im Jahr 2015 beschlossene Projekte. Die Wegesanierung im gesamten Park sei der vierte Bauabschnitt, der im Jahr 2017 umgesetzt werden soll. In 2017 solle auch der Spielplatz am Bolzplatz saniert werden.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Heepen nimmt die vom Immobilienservicebetrieb geplanten Baumaßnahmen gemäß Anlage zur Kenntnis und empfiehlt dem Betriebsausschuss ISB / dem Rat der Stadt Bielefeld, diese im Wirtschaftsplan 2017 zu

veranschlagen.

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 19 *

-.-.-

Zu Punkt 20

Beratung des Haushaltsplanentwurfs und des Stellenplanentwurfs 2017 für das Bezirksamt Heepen - Beratung des Bezirksbudgets für den Stadtbezirk Heepen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3748/2014-2020

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt, seine Fraktion sei mit den bezirksbezogenen Ansätzen des Haushaltsplanes 2017 einverstanden. Den Gesamthaushalt lehne die CDU-Fraktion jedoch ab. Sie sei nicht einverstanden mit der Sanierung des Haushaltes über Grundsteuererhöhungen und Einsparungen am Bürger, wie z. B. der Reduzierung der Öffnungszeiten der Filialen der Bürgerberatung.

Herr Schatschneider (Die Linke) stimmt den Ausführungen von Herrn Dr. Elsner in Bezug auf die reduzierten Öffnungszeiten der Filialen der Bürgerberatung zu. Er lehne generell alle Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung ausdrücklich ab und beantrage deshalb, über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages einzeln abzustimmen. Abgesehen von den HSK-Maßnahmen stimme er der Vorlage zu.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) vertritt die Auffassung, dass es nicht in der Zuständigkeit der Bezirksvertretung liege, den Gesamthaushalt abzulehnen. Die Beratungen sollten sich auf den bezirklichen Haushalt beschränken.

Herr Skarabis erklärt bezogen auf die Stellungnahme von Herr Schatschneider, dass ein Teil des Konsolidierungsbeitrages des Bezirksamtes Heepen (HSK-Maßnahme 56) in Höhe von 2.500 € durch die Reduzierung eines Ansatzes einer Kostenstelle der Kostenart "Versicherungsbeiträge" erbracht werde, was Auswirkungen auf alle Produktgruppen habe. Auch in Punkt 2 der Vorlage seien Kürzungen enthalten, die aufgrund der HSK-Maßnahme 56 zum Tragen kommen. Die HSK-Maßnahme 56 sei bereits im letzten Jahr von der Bezirksvertretung Heepen im Rahmen der Haushaltsberatungen dem Grunde nach mit Mehrheit beschlossen worden und sei nun im kommenden Haushaltsjahr mit Zahlen zu hinterlegen.

Herr Schatschneider betont erneut, er lehne generell jegliche HSK-Maßnahmen ab. Dass die Haushaltskonsolidierungsmaßnahme

"Rückverlagerung der Sportstättenvergabe in die Bezirke" nicht weiter verfolgt werde, begrüße er ausdrücklich.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die Diskussion zusammen und bittet um Abstimmung über den gesamten Beschlussvorschlag.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Heepen empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2017 mit den Plandaten für die Jahre 2017 bis 2020 wie folgt zu beschließen:

1. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen

11.01.82	Stadtbezirksmanagement	Heepen
(Haushaltsplanentwurf 2017 Band II, S. 248 – 250)		
11.01.92	Bezirksvertretung Heepen	(Haushaltsplanentwurf 2017 Band II, S. 313 – 315)
11.02.23	Sicherheit und Ordnung	Heepen
(Haushaltsplanentwurf 2017 Band II, S. 575 – 577)		
11.13.09	Bezirkliches Grün Stadtbezirk	Heepen
(Haushaltsplanentwurf 2017 Band II, S. 1202 – 1204)		

wird zugestimmt.

2. Den Teilergebnisplänen der Produktgruppen

11.01.82	im Jahre 2017 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 12.364 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 277.038 € (s. Haushaltsplanentwurf 2017 Band II, S. 251 - 252)
11.01.92	im Jahre 2017 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 1.014 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 135.748 € (s. Haushaltsplanentwurf 2017 Band II, S. 316 - 317)
11.02.23	im Jahre 2017 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 25.370 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 189.337 € (s. Haushaltsplanentwurf 2017 Band II, S. 578 - 579)
11.13.09	im Jahre 2017 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 0 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 987.837 € (s. Haushaltsplanentwurf 2017 Band II, S. 1205 - 1206)

wird zugestimmt.

3. Dem Teilfinanzplan der Produktgruppe

11.01.82 im Jahre 2017 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 € und investiven Auszahlungen in Höhe von 13.928 € sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0 € (s. Haushaltsplanentwurf 2017 Band II, S. 253 - 254)

wird zugestimmt.

4. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppe 11.01.82 für den Haushaltsplan 2017 wird zugestimmt (s. Band II, S. 255).

5. Der Anlage zum Haushaltsplan mit den bezirksbezogenen Angaben - Bezirkshaushalt (Band II Seite 1351 - 1360) - wird bezogen auf

- die ordentlichen Erträge mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Heepen
- die ordentlichen Aufwendungen mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Heepen
- die Einzahlungen mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Heepen
- die Auszahlungen mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Heepen
- die ordentlichen Erträge mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Heepen
- die ordentlichen Aufwendungen mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Heepen
- die Einzahlungen mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Heepen
- die Auszahlungen mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Heepen

unter Berücksichtigung der beigefügten Veränderungsliste (Anlage 2) zugestimmt.

6. Den Planungen des Umweltbetriebes in Bezug auf die für den Stadtbezirk Heepen in den Jahren 2017 ff. vorgesehenen Investitionsmaßnahmen wird zugestimmt.

7. Dem Stellenplan 2017 für das Bezirksamt Heepen wird zugestimmt. Änderungen gegenüber dem Stellenplan 2016 ergeben sich nicht.

Dafür: 7 Stimmen
Dagegen: 5 Stimmen
Enthaltungen: keine

- mit Mehrheit beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 20 *

-.-.-

Zu Punkt 21 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Zur Sitzung liegen keine entsprechenden Punkte vor.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 27.10.2016 - öffentlich - TOP 21 *

-.-.-

Holm Sternbacher
Bezirksbürgermeister

Kathrin Vinke
Schriftführerin